

nach erbrachter Leistung sein. Und dazu gehören wirksame Proportionen zwischen den Löhnen und Gehältern der Beschäftigtengruppen, wie Arbeiter, Meister, Hoch- und Fachschulkader sowie Leitungskräfte. Und zusammen damit muß eine einheitliche Besteuerung der Einkommen angestrebt werden. Sicher ist das nur Schritt um Schritt zu erreichen, denn es wird Geld kosten. Verteilbares Geld aber muß erarbeitet werden. In diese Tarifarbeit müssen alle Beschäftigtengruppen einbezogen sein, wie zum Beispiel auch die in den Handwerksbetrieben. Die Ausgestaltung solcher Linien ist nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften möglich. Sie erfordert ein Neudurchdenken der Rechte und Pflichten, die die Tarifpartner haben werden, mit dem Ziel, die Grundstruktur unserer Lohnpolitik viel demokratischer zu gestalten, damit sie im Betrieb durch die Werktätigen diskutiert, akzeptiert und als Ansporn für hohe Leistungen durchgesetzt wird.

Die Lohnkonzeption, die wir brauchen, sollte davon ausgehen, die zentralen Entscheidungen auf wenige Grundfragen wie den planmäßigen Einkommenszuwachs von Jahr zu Jahr und das Tarifwerk in seiner Gesamtheit zu beschränken. Darüber hinaus schließt die demokratische Ausgestaltung den Schwerpunkt ein, die Eigenverantwortung an der Basis für die Erarbeitung der Lohnmittel im Rahmen der Eigenerwirtschaftung und für ihren Einsatz zu erhöhen. Wie wir hierbei vorgehen müssen, hängt wesentlich ab von den in das Leistungsprinzip übergreifenden Fragen. Hiermit meine ich vor allem die künftige Preis- und Subventionspolitik, die Erfassung der Lebenshaltungskosten und immer wieder die Lohnsteuer. Und nur in diesem Komplex können die grundlegenden Fragen in einem überschaubaren Zeitraum gelöst werden. Aber gerade das könnte ein wesentlicher Teil unseres Wirtschaftskonzepts bei der Erneuerung des Sozialismus in der DDR sein.

Wolfgang Biermann

Mitglied des Zentralkomitees

Generaldirektor des Kombinats VEB Carl Zeiss JENA

Werte Genossinnen und Genossen!

Die Krise der DDR wurde im Referat des Generalsekretärs erstmalig mit großer Deutlichkeit offengelegt. Die Verantwortung des alten Politbüros wird noch weiter zu klären sein - keinesfalls aber kann sich das Zentralkomitee von einer politisch-moralischen Schuld für die entstandene Lage freisprechen. Wir haben gearbeitet und den Beschlüssen sowie der Ar-